



5. März 2021



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Idee von den **Olympischen Spielen an Rhein und Ruhr** hat eine Chance verdient. Ja, sie passt zu Nordrhein-Westfalen. Wir, die SPD-Fraktion NRW, haben die Initiative für 2032 immer unterstützt. Leider ist die Entscheidung nun zugunsten von Brisbane und zulasten von NRW gefallen. Ministerpräsident Armin Laschet möchte die Spiele nun vier Jahre später, 2036, stattfinden lassen, genau 100 Jahre nach den Nazi-Spielen von 1936 — eine historisch äußerst fragwürdige Forderung und ein Debakel mit Ansage. In einer Aktuellen Stunde wollten wir wissen, woran die Initiative 2032 gescheitert ist und warum NRW nicht besser vorbereitet war.

Schlagwort „Bessere Vorbereitung“: Seit Monaten fordern wir von der schwarz-gelben Landesregierung eine **flächendeckende Teststrategie, um Lockdowns zu verhindern und Öffnungen dauerhaft möglich zu machen!** Am vergangenen Dienstag haben wir, gemeinsam mit drei Experten aus der Wissenschaft, unsere Ideen für eine langfristige Perspektive vorgestellt: Eine massive Steigerung der Testhäufigkeit und ein digitales Freitest-Zertifikat können negativ Getesteten die Teilnahme an sozialen und kulturellen Aktivitäten wieder ermöglichen. Der Link zum zugrunde liegenden Papier der Professoren Paul Welfens von der Universität Wuppertal, Alexander Markowetz von der Universität Marburg und Ralph Brinks von der Universität Witten/Herdecke findet sich auf der folgenden Seite sowie auf unserer Internetpräsenz.

Uns ist ganz wichtig: Das Fahren „auf Sicht“, also von einer Ministerpräsidentenkonferenz zur nächsten, muss nach einem Jahr Pandemie endlich ein Ende haben.

Herzliche Grüße!

*Heike Gebhard*

*S. Watermeier*

## Aus dem Landtag

### Unsere Corona-Strategie: Testen statt Lockdown!



## Der Weg aus dem Lockdown: Planbarkeit und Perspektive

Am Mittwoch haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin über die weiterführende Corona-Strategie beraten. Endlich spielen auch Tests eine Rolle, wenn auch eine noch zu geringe. Wir haben mit unserem Eilantrag ein Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie in Verbindung mit einer umfassenden Teststrategie gefordert.

Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft brauchen endlich klare Perspektiven. Das entsprechende Konzeptpapier von Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Prof. Dr. Alexander Markowetz und PD Dr. Ralph Brinks findet sich hier:

[Zum Konzeptpapier](#)

[Zum Eilantrag der SPD-Fraktion -](#)

[Drucksache 17/12838](#)

## Sozialbericht NRW 2020

### **Bekämpfung von Armut bleibt eine Herkulesaufgabe!**

Jedes fünfte Kind in NRW lebt in einer Familie, in der das Geld knapp ist. Deshalb machen wir uns schon lange für eine so genannte Kindergrundsicherung stark. Doch das Thema ist facettenreicher: Auch die Einkommensungleichheit wächst, mehr Tarifverträge könnten Abhilfe schaffen.

Und auch die dramatisch schlechte Situation auf dem Wohnungsmarkt, gerade in großen Städten, hilft nicht weiter. Günstiger Wohnraum? Kaum noch zu finden. Die Ungleichheit in NRW ist zu groß.

Die Landesregierung ist in der Pflicht, das zu ändern!

[Zur Pressemitteilung](#)



## Kita-Gebühren - Land muss anteilig die Kosten übernehmen!

Eine Begleiterscheinung der Krise: viele Eltern müssen ihre Kinder zuhause betreuen. Kann die Kita-Leistung nicht in Anspruch genommen werden, dürfen unserer Meinung nach auch keine Kita-Gebühren erhoben werden. Die kommunalen Spitzenverbände fordern: Elternbeiträge für Kitas und OGS sollen erlassen werden.

Wir standen und stehen hinter ihnen: Eine Kostenübernahme durch das Land NRW ist nur fair!



## Große Anfrage:

### Wie ist die Lage bei Polizei und innerer Sicherheit in Nordrhein-Westfalen?



Wir haben genauer hingeschaut: Im Rahmen einer Großen Anfrage hat unsere Fraktion sich bei der Landesregierung nach der Lage bei der Polizei sowie der inneren Sicherheit in NRW erkundigt. Im Zuge der Beantwortung haben sich drei grundlegende Erkenntnisse ergeben:

1. Wir brauchen mehr Personal bei der Polizei,
2. es gibt nicht genug Daten über Kriminalität, um sie erfolgreich zu bekämpfen.
3. Sicherheitsforschung muss gefördert werden.

Weil uns ein sicheres NRW am Herzen liegt, haben wir klare Forderungen artikuliert: Mehr Personal, einen periodischen Sicherheitsbericht und ein neues Institut für Sicherheitsforschung in NRW.

[Zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion -](#)

[Zur Kompaktinfo](#)

[Drucksache 17/9453](#)

## **NRW braucht eine flächendeckende und hochwertige Krankenhausversorgung**

In dieser Woche hat die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Landtag die Grundlagen für die Krankenhausplanung gesetzlich neu geregelt. Auch Heike Gebhard sieht dringenden Handlungsbedarf. In ihrer Rede im Plenum ging sie auf die Ursachen ein:

„Die bundesweite Einführung des DRG-Abrechnungssystems und der Verzicht auf eine ordentliche Krankenhausplanung in NRW, eingeführt vom damaligen Gesundheitsminister Laumann 2007 haben zu Fehlentwicklungen geführt. Weniger rentable Fachbereiche wurden zurückgefahren“, so Heike Gebhard, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Landtag NRW. „Dass nun ein Gegensteuern notwendig ist, fordern auch wir als SPD-Fraktion. Wir dürfen nicht länger dem Markt überlassen, welche medizinische Fächer in welchem Umfang zur Versorgung zur Verfügung stehen.“ Schon jetzt gebe es keine ausreichende Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin, der Geriatrie, der Pneumologie sowie der Neurologie.

Das Gesetz lässt aber viele Fragen völlig unbeantwortet, sodass keine Kommune, kein Krankenhaus weiß, was die neue Planung für sie bedeutet. Heike Gebhard: „Die entscheidende Frage, wie denn festgelegt wird, welcher Bedarf für eine gute medizinische Versorgung in NRW besteht, bleibt unbeantwortet. Das Gesetz enthält auch keine Regelung, welche Lehren man aus der Corona Pandemie zieht. Werden für solche Fälle zusätzliche Kapazitäten vorgehalten? Fragen der Digitalisierung, der Versorgung im ländlichen Raum mit niedrigen Fallzahlen, Fragen der ärztlichen Ausbildung in den neuen Strukturen, sie alle bleiben unbeantwortet. Dies alles kann dann der Gesundheitsminister ohne Beteiligung des Parlaments bestimmen.“

**Wir als SPD-Fraktion haben als einzige Fraktion gegen diesen Entwurf gestimmt - einen Blanko-Check für den Gesundheitsminister, egal welcher Partei er angehört, gibt es mit uns nicht!**

## **Eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen im Parlament – für ein Paritätsgesetz in NRW**



Schaut man den Plenardebatten im nordrhein-westfälischen Landtag zu, fällt eines direkt ins Auge: Nicht mal ein Drittel der Abgeordneten im Landtag NRW sind weiblich! Dabei machen Frauen mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung aus. 30 Prozent weibliche MdL sind also weder repräsentativ, noch gut für unsere Demokratie!

Auf einem digitalen Paritätsgipfel, zu dem wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit der Grünen Landtagsfraktion eingeladen hatten, haben wir das Thema mit Expert/-innen diskutiert! Auch wenn die konservativen Kräfte ihre Haltung nicht ändern wollen: Wir kämpfen weiter für das Paritätsgesetz in NRW!



## Aus dem Wahlkreis

### Unruhe in doppelter Hinsicht: Auf illegale Motocross-Rennen im Bereich der Zentraldeponie reagiert Schwarz-Gelb mit fadenscheinigen Tipps

Es wird nicht leiser um die Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE). Immer wieder ist die Deponie im Mittelpunkt öffentlicher Kontroversen. Diesmal geht es um illegale Motocross-Rennen auf der Deponie, welche neben zusätzlichem Lärm und Umweltverschmutzung, insbesondere auch große Fragezeichen beim Sicherheitskonzept des Betreibers für die Deponie aufwerfen.

Der Landesregierung sind die jüngsten Vorkommnisse durchaus bekannt, das geht aus einer Antwort von Umweltministerin Heinen-Esser (CDU) auf eine gemeinsame Kleine Anfrage der Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard und des Herner Abgeordneten Alexander Vogt hervor. „Es ist erfreulich, dass die Landesregierung die illegalen Rennen zur Kenntnis genommen hat. Weniger erfreulich ist es, dass ihre Reaktion nicht über altkluge Ratschläge hinausgeht“, finden die SPD-Landtagsabgeordneten.

So heißt es in der Antwort der Kleinen Anfrage, dass die mit der Bewachung der ZDE beauftragte Firma darauf hingewiesen worden sei, dass solche Vorkommnisse zukünftig unterbunden werden sollten. Umweltgefährdungen über die Lärmbelästigung hinaus streitet die Ministerin ab – dabei müssen von der Deponie kommende LKW unter anderem eine Reifenwaschanlage durchfahren, um Stäube und anhaftendes Erdreich mit möglichen Verunreinigungen nicht außerhalb der ZDE zu verteilen. Den Abgeordneten erscheint es unwahrscheinlich, dass die illegalen Rennfahrer bei Verlassen des Geländes ähnlich sorgfältig ihre Maschinen gereinigt haben. Zudem bestünden durch das Eindringen unbefugter Personen Gefahren für den ordnungsgemäßen Betrieb der Deponie, wenn etwa durch Zigarettenkippen Materialien oder Deponiegut in Brand gerieten oder Arbeitsgeräte beschädigt würden. „Wenn die Landesregierung nicht mehr auf Lager hat, ist es kaum verwunderlich, dass in der Causa ZDE an den Interessen der Menschen in Gelsenkirchen und Herne vorbeiregiert wird. Wir bleiben an dem Thema dran und werden die Landesregierung weiterhin löchern“, resümieren die SPD- Abgeordneten Watermeier, Gebhard und Vogt.



Copyright by Büro Watermeier

### Hohe Tiere in Düsseldorf wollen keine besondere Unterstützung für Gelsenkirchener ZOOM

Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Zoos in Nordrhein-Westfalen nicht erneut unterstützen, um ihnen über die schwierige wirtschaftliche Lage in der Corona-Pandemie hinwegzuhelfen. Das geht aus einer Antwort von Umweltministerin Heinen-Esser (CDU) auf eine Kleine Anfrage des Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier hervor.

„Die hohen Tiere in Düsseldorf wollen keine besondere Unterstützung für die ZOOM Erlebniswelt und andere Zoos in NRW, wie es sie noch richtigerweise im ersten Lockdown gegeben hat“, so Watermeier. Der Grund: Nach Aussage der Landesregierung habe diesmal der Bund wirtschaftliche Hilfen angekündigt, deren Bewilligung allerdings schleppend verlaufe. „Die Landesregierung will trotz Dringlichkeit allenfalls im Fall einer Nichtzahlung durch den Bund prüfen, den Zoos noch einmal zu helfen. Dass Umweltministerin Heinen-Esser ihrem CDU-Parteifreund Peter Altmaier, der als Bundeswirtschaftsminister für das Verfahren zur Beantragung und Bewilligung der Hilfen zuständig ist, ein derart schlechtes Zeugnis ausstellt, ist allerdings schon bemerkenswert“, findet Watermeier.

Über die Corona-Hilfen hinausgehende Unterstützungen der Zoos in NRW lehnt die Landesregierung trotz der Bedeutung für Freizeit, Bildung und Artenschutz grundsätzlich ab. „Das halte ich für einen schweren Fehler“, so Watermeier weiter. „2020 war für die Zoos, die sich in der Regel in kommunaler Trägerschaft befinden, ein beispiellos schwieriges Jahr.“ In vielen Kommunen werde sich zukünftig die Fragen stellen, ob Eintrittsgelder erhöht oder Zoo-Angebote eingeschränkt werden müssen, um die finanziellen Belastungen auszugleichen. Das gehe am Ende zu Lasten der Menschen in den Kommunen. „Als junger Vater möchte ich, wie viele andere auch, meiner kleinen Tochter nach dem Lockdown wilde Tiere im Zoo und nicht nur in Bilderbüchern oder im Fernsehen zeigen können. Es liegt auch in der Verantwortung der Landesregierung, dass die vielfältige nordrhein-westfälische Zoolandschaft für die Menschen in NRW erhalten bleibt“, so der Abgeordnete abschließend.



Copyright by Büro Watermeier

## **Internationaler Frauentag am 08. März:** **Für Gleichstellung im Arbeitsmarkt!**

Die Corona-Krise ist Brennglas für viele strukturelle Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft geworden. So sind auch Frauen durch die Krise stärker belastet als Männer.

Im Laufe der Krise haben Frauen ihre Arbeitszeit mehr reduziert, bekommen weniger Aufstockung des Kurzarbeiter\*innengeldes und übernehmen laut eigenen Angaben 66% der Sorgearbeit in der Familie. Die Folgen werden weit über die Corona-Krise hinaus spürbar sein. Es wird voraussichtlich Jahre dauern, bis Frauen ihre Erwerbsarbeit wieder auf dem vorherigen Niveau ergreifen können.

Deshalb müssen wir jetzt politisch aktiv werden und dafür sorgen, dass wir in der Gleichstellung der Geschlechter nicht um Jahre zurückfallen. Nicht nur am internationalen Frauentag, sondern auch allen anderen 364 Tagen im Jahr!



## **Heike Gebhard besucht Demonstration der NGG vor dem Landtag**



In dieser Woche war Heike Gebhard zu Gast bei der Demonstration der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten auf dem Landtagsvorplatz. Alle Hygiene-Regeln wurden vorbildlich eingehalten. Und das, obwohl es um die Existenz der Beschäftigten geht!

Seit rund einem Jahr gibt es im Hotel- und Gaststättengewerbe keinen Entgelttarifvertrag.

Das bedeutet, auch das staatliche Kurzarbeitergeld reicht oft nicht zum Leben! Die NGG fordert seit Monaten die DEHOGA zu Verhandlungen auf und hat ihre Forderungen im Oktober 2020 erneut angepasst. Die DEHOGA will zwar beim Bund Unterstützung für Unternehmen in der Gastronomie, ist aber nicht bereit, für Ihre Beschäftigten zu sorgen. Deshalb muss der Verband dringend an den Verhandlungstisch. Die Beschäftigten haben es verdient!



Copyright by Büro Gebhard